

Couchepins Vorschlag für eine starke Mitte: Teilweise problematisch, aber als Signal hoch interessant.

In der Sonntagszeitung vom 26. Dezember forderte Bundesrat Couchepin einen Pakt zwischen CVP und FDP. Nur mit einer starken Mitte seien tragfähige Lösungen möglich. Ziel soll es sein, dass beide Parteien 2007 in allen Kantonen eine Listenverbindung eingehen. Da ich im letzten Herbst im „Bund“ die Idee einer Revitalisierung einer inhaltlichen Konkordanz durch eine Stärkung der Mitte lancierte, interessierte mich der Vorschlag eines Pakts zwischen FDP und CVP. Couchepins Idee ist allerdings im Detail noch nicht ausgereift. Aber als Signal ist sie interessant. Deshalb muss sich die CVP überlegen, ob hier nicht ein Ansatzpunkt für ein langfristig interessantes Projekt vorliegt.

CVP-Präsidentin Doris Leuthard hat in der Neuen Luzerner Zeitung und im Sonntagsblick die Schwächen des Vorschlags aufgezeigt. Über eine verstärkte Zusammenarbeit muss mit der FDP als Partei und nicht mit einem freisinnigen Bundesrat verhandelt werden. Dazu braucht die FDP wieder eine Parteileitung. Listenverbindungen in allen Kantonen bei den Nationalratswahlen bringen wenig. In einigen Kantonen wären sie für die CVP gar kontraproduktiv. Wenn damit FDP und CVP auch nur fünf zusätzliche Sitze gewinnen könnten, wäre dies überraschend viel. **Wenn die FDP an einer Zusammenarbeit bei Wahlen interessiert ist, kann sie dafür bei den kommenden Zürcher Regierungsratswahlen den Tatbeweis antreten.**

Listenverbindungen sind ein wahltaktisches Instrument. Eine starke Mitte braucht aber vor allem einen politischen Inhalt. Dazu äussert sich der Vorschlag Couchepin nicht. Interessant ist aber, dass der Vorschlag von einem Politiker stammt, der noch vor einigen Jahren Zeit ein FDP-SP-Bündnis schmiedete, um im Wallis die CVP zu bekämpfen. Wenn eine neue FDP-Führung gewählt ist und diese Couchepins Idee eines Mittelpaktes aufnimmt, muss die CVP mit klaren Vorstellungen in solche Verhandlungen gehen.

Innerhalb der CVP besteht Einigkeit darüber, dass das ideale Ziel eine inhaltliche und breit abgestützte Konkordanz ist. Die Bundesratsparteien

sollen in einigen strategischen Kernfragen eine gemeinsame Politik verfolgen und es sollen nach Möglichkeit vier Bundesratsparteien sein. Es ist auch richtig, dieses Ziel immer wieder zu betonen. Es muss aber auch gesagt werden, dass dies ein Ziel und leider nicht die Realität ist. Breitestens abgestützt ist die Konkordanz, aber sie ist inhaltsleer. Es gibt keinen Minimalkonsens der Regierungsparteien.

Seit längerer Zeit, sitzen SVP und SP in der Regierung, ohne die Regierungspolitik voll mitzutragen. Sie besetzen Regierungssitze – und viele nachgeordnete Posten – zum Nulltarif. Das ist nicht der Fehler von SVP und SP. Es ist der Fehler von FDP und CVP, welche den politischen Preis der Regierungsbeteiligung nicht einfordern! Dabei ist die Position der Mitteparteien stärker, als man denkt. Sie verfügen über eine klare Mehrheit im Ständerat, wie sie z. B. in der Frage der Goldreserven zum Tragen kam. Die aufgeregten Reaktionen der SP-Vertreter auf den Nichteintretensbeschluss des Ständerates zeigt deren Furcht, die Mitteparteien könnten sich ihrer Macht bewusst werden. Im Nationalrat und in der Bundesversammlung verfügen die Mitteparteien rechnerisch nicht über die Mehrheit, aber Mehrheiten gegen sie sind äusserst selten.

Diese latente Macht der Mitteparteien kommt bei der fallweisen Zusammenarbeit von FDP und CVP zum Tragen. Doris Leuthard stellt deshalb mit Recht, die Intensivierung dieser Zusammenarbeit in den Vordergrund. Im Tagesgeschäft ist dies sicher die wichtigste Perspektive.

### Ein Mittelpakt zur Revitalisierung der Konkordanz

Daneben stellt sich die Frage, ob und wie ein Mittelpakt zur Revitalisierung einer breiten Konkordanz beitragen könnte. Mit dieser Frage wird die CVP – wie auch die FDP – in den kommenden Jahren wiederholt konfrontiert werden. Sie sollte diese Möglichkeit zumindest prüfen.

Denkbar wäre ein Pakt zwischen den CVP und FDP, worin sich die beiden Parteien auf ein Minimalprogramm für die kommende Legislaturperiode einigen würden. Es müsste sich um ein echtes Minimalprogramm handeln, d. h. um Punkte, welche unter den gegebenen sachlichen und politischen

Rahmenbedingungen mit erheblicher Wahrscheinlichkeit realisiert werden können. **Aus CVP-Sicht müssten darin z. B. eine Reform der Ehegattenbesteuerung und eine wirksamere Familienpolitik enthalten sein.** Mit diesem Minimalprogramm wären die beiden Flügelparteien – SP und SVP – zu konfrontieren. Die Mitteparteien müssten deutlich machen, dass sie nur noch Vertreter von Parteien, welche dieses Minimalprogramm unterstützen, in den Bundesräten wählen würden. Sollte sich eine Partei nicht an ihre Verpflichtungen halten, wären vier Jahre später die Konsequenzen zu ziehen. Sowohl SVP als auch SP wissen die Vorteile einer Regierungsbeteiligung zu schätzen. Sie würden vermutlich den Preis für eine Regierungsbeteiligung bezahlen.

Sollte dies nicht der Fall sein, müsste eine Dreiparteienregierung gewählt werden. Dagegen wird oft eingewendet, eine solche Dreiparteienregierung werde scheitern, weil die ausgeschiedene Partei permanent das Referendum ergreifen werde. Dabei wird aber übersehen, dass die katholisch-konservative Opposition vor 1891, welche immer wieder als Beispiel genannt wird, unter ganz anderen Bedingungen agierte. Es ist auch kaum denkbar, dass sich SP oder SVP noch wesentlich oppositioneller gebärden könnten als heute.

Wenn ein Mittelpakt – im Gegensatz zu einer fallweisen Zusammenarbeit – sinnvoll sein soll, wäre eine Lösung in dieser Richtung und nicht nur mit Wahlbündnissen allein zu suchen.

Norbert Hochreutener